

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 RM., vierteljährlich 4.50 RM., durch Träger u. andere Vertriebsstellen frei. — Einzelhefte 1.75 RM., vierteljährlich 5.25 RM., durch die Post bezogen monatlich 1.65 RM., vierteljährlich 4.95 RM., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz (einschl. Nassau) 25 Pf., Restland 1.25 RM.; außerhalb 25 Pf., Restland 1.75 RM. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 50%, pro 1000.

Nummer 370

Dienstag, 12. August 1919.

73. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Drachmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Umschlagreifen der türkischen Bewegung.

Mz. Bern, 11. Aug.

Der „Temps“ erzählt aus sehr zuverlässiger Quelle, daß die mohamedanische Seite der Bahabiten augenblicklich in sehr scharfem Konflikt mit dem König Hussein von Arabien stehe und daß die Bahabiten unter Führung ihres Hauptmanns in Zentral-Arabien, nördlich der syrischen Grenze, sich sammelt hätten. Auch in Armenien begannen sich sehr kritische Zustände zu entwickeln. Der amerikanische Hilfskommissar für Armenien, der im New York Herald einen Aufruf aus. Die beiden englischen Bataillone, die augenblicklich in Rußisch-Armien und Klein-Arien standen, hätten ihre Rückzugsbewegung begonnen. Mohamedaner und Kurden, die von den Jungtürken unterstützt wurden, hätten sich längs der syrischen Grenze zu konzentrieren begonnen. Wenn der Befehl der englischen Regierung zum Rückzug nicht zurückgenommen werde, würden die Mohamedaner in Armenien beginnen, was dem amerikanischen Hilfskommissar die Weiterführung seiner Tätigkeit unmöglich machen würde. Der Oberkommandierende der Allierten in Armenien, der amerikanische Major Dastell, habe laut „New York Herald“ Wilson telegraphisch ersucht, seinen ganzen Einfluß bei der englischen Regierung geltend zu machen, damit sie ihre Bataillone nicht aus Armenien zurückziehe.

Entwaffnung des bulgarischen Heeres.

Mz. Bant „Berl. Postbote“ geben französische Truppen unter General Graciani nach Bulgarien aus Rumänien ab, um das bulgarische Heer zu entwaffnen. Die Rumänen hatten in der Dobrudscha 60 000 Gewehre und eine große Anzahl von Maschinengewehren und Handgranaten entdeckt und nach Verhandlung mit den französischen Behörden dieses Kriegsmaterial beschlagnahmt.

Das deutsche Heer.

Mz. Son unterrichteter Seite wird uns aus Berlin geschrieben: In der Presse wurden Nachrichten über angeblich geplante Maßnahmen zur Auflösung der Reihe des alten Heeres verbreitet. Diese Nachrichten sind ohne Kenntnis der zuständigen Stellen gegeben worden. Es ist festzustellen, daß die Ereignisse voran Entschlüsse hierüber sind noch nicht gefaßt. In kurzem sind die endgültigen Anordnungen des Reichswehrministeriums zu erwarten.

Die deutsche Bewegung in Westungarn.

Mz. Wien, 11. Aug.

Den Blättern zufolge fand gestern in Färkenfeld eine Massenversammlung der Bevollmächtigten von 33 westungarischen Gemeinden statt, die eine Entschließung annahm, in der gegen die Bestrebungen auf Schaffung einer westungarischen Autonomie protestiert und zwecks baldigen Anschlusses Deutsch-West-Ungarns an Deutsch-Österreich, die Durchführung einer Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle gefordert wird. Die Entschließung wurde an Reuter telegraphiert.

Der Bolschewikenfeldzug.

Mz. Riga, 11. Aug.

In der Richtung auf Hamburg und den Zug nach Gießen die Bolschewiken mit starken Kräften an. Ihre Angriffe wurden bisher abgewiesen.

Mz. Versailles, 11. Aug.

Der „Matin“ berichtet, daß nach Funkfunksnachrichten die polnischen Truppen von Minsk aus eine größere Offensive gegen die Bolschewiken begeben.

Straßenbahnaustritt in Riga.

Mz. Riga, 11. Aug.

In Riga traten die Straßenbahnen und die Arbeiter der Dampfergesellschaft Augustburg in den Ausstand. Der Grund der Verweigerung der Arbeit ist die Ablehnung einer geforderten Lohnerhöhung.

Hosprediger Rogge †.

Am Samstag vormittag, 9. Aug., starb in Scharbeub an der Lungen-Tuberkulose im Hause seiner Kinder der bekannte Wiesbadener Hosprediger Bernhard Rogge nach kurzer Krankheit im Alter von 88 Jahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. August, nachmittags, von der Garnisonkirche in Potsdam aus statt.

Rogge, der von Kaiser Wilhelm I. so hochgeschätzte Hosprediger, der Schwager des Kriegsministers Noen, ist besonders bekannt durch seine Teilnahme an dem deutsch-französischen Kriege 1870–71, den er als Divisionspfarrer mitmachte. Ihm fiel die hohe Ehre an, am Tage der Kaiserproklamation in Versailles die Bekehrung zu halten. Seine Schriften, die nicht nur dem geistlichen Gebiete entnommen waren, hatten ihm, auch nachdem er in den Ruhestand getreten war, einen großen Kreis von Freunden und Verehrern gesichert. Ein Junge großer Tage, ein verlässlicher Freund der besten aus Deutschlands Gegenwart, ein warmherziger Vaterlandsfreund hat mit ihm die Augen geschlossen.

Der Spartakuskampf in Chemnitz.

„Um die Macht!“

Wie aus Chemnitz gemeldet wird, ist es zu einer Einigung zwischen den Behörden und dem unruhigen Teil der Bevölkerung gekommen. In allen Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Reichswehrtruppen besetzten sich in den von ihnen besetzten Gebäuden und Kasernen. Auch der Bahnhof ist für den Verkehr wieder freigegeben worden.

Daß die Lebensmittel-Demonstration in Chemnitz von den Kommunisten zu politischen Zwecken ausgenutzt wurden, zeigt eine kommunistische Flugblatt, das in Chemnitz verbreitet wurde und in dem u. a. gesagt ist: „Unser Kampf geht nicht um einige Gramm Butter, um ein Pfund Mehl mehr, wir wollen und müssen die ganze Welt erobern.“

Mz. B., 9. Aug.

Die hiesigen Unabhängigen bereiten einen neuen revolutionären Putz vor. Sie stehen in engen Beziehungen mit den Radikalen in Plauen und Chemnitz, welche einen großen Waffenschmuggel von Sachsen her in Automobile nach Hof betreiben.

Arbeitseinstellungen.

Der Bankbeamtenstreik in Hamburg.

Mz. Hamburg, 11. Aug.

Die Bankangestellten der Norddeutschen Bank schlossen sich dem Streikbeschluss mit 208 gegen 97 Stimmen an. Reichsbankpräsidenten bewachen die Banken, jedoch wird den Streikenden kein Hindernis in den Weg gesetzt. Heute Vormittag fand in der Börse eine Versammlung der Bankleitungen statt, in der die Streikbank beschloß, der Rundschau bekanntzugeben, daß sie alle laufenden Aufträge in Papieren für die Hamburger Börse infolge des Streiks zurückhalten habe.

Der Ausstand im ober-schlesischen Kohlenrevier.

Mz. Katowitz, 11. Aug.

Wie die Pressestelle des Staatskommissariats mitteilt, streiken heute früh 35 bis 40 Proz. des gesamten ober-schlesischen Kohlenreviers. Die Ausständigen fordern die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter, erheben Einspruch gegen den Grenzschutz, gegen die Wiedereinstellung der von den Arbeitern entlassenen Beamten und gegen die Verhaftung mehrerer Obmänner.

Arbeitszwang.

Eine Versammlung des Erzieherischen Bauernvereins, die am 8. August zu Trier-Deiswig stattfand, faßte einstimmig eine Entschließung, in der gefordert wird, Arbeitszwang zur Arbeit zurückzuführen. Ein Aufruf der viestimmigen Widerhall bei allen Arbeitenden verdient. Denn es ist wirklich, wie es in der Resolution heißt, eine furchtbare Gefahr, in welche der mangelnde Arbeitswille vieler deutscher Volksgenossen das kranke deutsche Volk und mit ihm auch die deutsche Landwirtschaft mutwillig herabgeführt hat. Die Versammlung richtet folgenden Appell an die Zentrumsfraktionen der beiden Parlamente: Wir, deutsche Bauern, die wir bis zu den Schultern herab monatelang täglich 12–16stündige schwere Arbeit verrichten, halten uns dazu berechtigt, Sie zu bitten, allen Einfluss in Regierung und Parlament anzuhängen, um die arbeitverweigernden Volksgenossen zur Arbeit zurückzuführen, gegebenenfalls zurückzuführen! Es scheint uns der Augenblick gekommen zu sein, wo den sozialistischen Kreisen mit Nachdruck klar gemacht werden muß, daß auch in dieser Beziehung ihr Programm maßlos „Freiheit“ eine Fiktion ist, die zum Untergang führt; daß es vergeblich sein wird, bei den maßlos verbeuteten und gewissenlosen Nicht-Arbeitern auf Widerkehr von Vernunft und Gewissen zu warten; daß vielmehr, soll nicht bald Staatsbankrott und unabsehbares Elend über das ganze Volk hereinbrechen, zum Grundgesetz der gesunden Vernunft und der Gerechtigkeit zurückgeführt werden muß: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!“

Neue Tarifierhöhung der Eisenbahnen.

Mz. Berlin, 12. Aug.

Der Verkehrsminister Deser hielt gestern für die Mitglieder der Berliner Handelskammer einen Vortrag über die Betriebslage auf den Staatsbahnen und den Herbstverkehr, in welchem er ausführte, daß ohne eine Steigerung in der Kohlenförderung ein Erwachen unseres Wirtschaftslebens nicht möglich sei. Er habe mit dem Fahrpersonal verhandelt, und dieses habe sich bereit erklärt, die Mehrleistung auf der Strecke wieder einzuführen. Der Minister kündigte schließlich eine neue Erhöhung der Tarife für den Personen- und Güterverkehr an.

Das verübene Kapital.

Mz. Berlin, 12. Aug. Nach Angaben der „Volkswirtschaftlichen Nachrichten“ seien internationale Verhandlungen über die Erhaltung des nach dem Weltkrieg verübten deutschen und feindlichen Kapitals in vollem Gange und dürften in den nächsten Tagen zu einem Abschluß führen. Der darauf abzielende, die verübten Kapitale zu beschlagnahmen, es soll eine Verrechnung der auf diese Weise erfaßten Summen auf unsere Schulden stattfinden.

Wilson's Kampf.

Mz. Berlin, 12. Aug. Die „Köln. Ztg.“ berichtet: Der Rotterdammer Korrespondent der „Times“ meldet die Wilson'sche, die Wilson ergreifen will, um die Lebensmittellieferung zu bekämpfen, nämlich die Wiedereinführung eines Lebensmittelkontrollamts, Höchstpreisfestsetzung für Lebensmittel durch Gesetz, Verhinderung der ungesetzlichen Herausgabe von Geld und Anstellung von Beamten, die der Öffentlichkeit die Preise bekanntgeben sollen, zu denen die Kleinhandlär ihre Waren zu verkaufen haben.

Gegen den Senat.

Mz. Amsterdam, 11. Aug.

Das Preßbüro Radio meldet: Die „New York World“ schreibt: Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat den Text des Völkerbundvertrages seit fünf Monaten und den abgeänderten Text seit 2 1/2 Monaten vorliegen, ist aber bisher noch nicht in der Lage, darüber zu berichten. Dadurch wird der Welt der Friede verzögert. Die von den Senatoren verübte Sabotage kommt dem Lande tatsächlich auf eine Milliarde Dollars zu stehen. Der gesamte Schaden, den die Volksgewissen in Amerika verursachen, ist unbedeutend im Vergleich mit dem Schaden, den Lodge und seine Helfer anrichten. Die Obstruktion unter den Senatoren bildet augenblicklich die größte Gefahr des Weltfriedens. Jeder weitere Tag der Verzögerung bringt Amerika und Europa dem Vulkan näher.

Mz. Amsterdam, 11. Aug.

Das Preßbüro Radio meldet: Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten forderte den Obersten House auf, vor dem Ausschuss zu erscheinen, um Einzelheiten bezüglich der Verhandlungen über den Friedensvertrag zu geben.

Für den Handel mit Europa.

Mz. Amsterdam, 11. Aug.

Die englischen Blätter vom 9. Aug. bringen eine Meldung der „Central-News“, der zufolge Wilson in seiner Rede vor dem Kongress noch gesagt habe, die Vereinigten Staaten dürften die Warenlieferungen nach Europa nicht unterbrechen. Europa sei der größte Kunde Amerikas. Es müsse unterstützt werden, sonst würde die amerikanische Industrie darunter leiden.

Aus Ungarn.

Mz. Budapest, 11. Aug. (Ung. Corr.)

Am Sonntag legten die Führer fast aller Parteien Ungarns dem Erzbischof Károlyi ihre Anschauungen dar darüber, was sie für wünschenswert halten, um das Land aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herauszuführen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Lissabon: Der „Avanti“ läßt sich aus Wien berichten, daß die Ungarn mit den Rumänen gemeinsam die Abrechnung des Erzbischofs Károlyi befehligen, der sich des Vertrauens aller monarchistischen Elemente Österreichs ebenso wie der jenseitigen Deutschlands erhebe.

Politisches Wetterleuchten in Rußland.

Mz. Amsterdam, 12. Aug.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet: „Daily Mail“ und „Herald“, daß die Unzufriedenheit über die Sowjetregierung in Moskau im Wachsen begriffen ist und die Regierung Maßnahmen trifft, um den Kreml zu räumen und nach Tula, 120 Meilen von Moskau, zu übersiedeln.

Die Militärrevolution in der Türkei.

Mz. Versailles, 11. Aug.

Aus Konstantinopel Quelle wird den französischen Blättern gemeldet, daß Mustafa Pascha Herr der Lage in Anatolien sei. Die gesamte Armee habe sich ihm angeschlossen. Die Lage wird für die türkische Regierung als sehr kritisch angesehen.

Die „Goeben“.

Mz. Versailles, 11. Aug.

Nach einer Radio-Meldung aus Athen vernahmten türkische Offiziere die „Goeben“, die sich augenblicklich auf der Reise von Nikomedia befindet, zu verkaufen. Der Verkauf wurde von englischen Kriegsschiffen vereitelt. Die türkische Besatzung floh.

Das Verfahren gegen den Kaiser.

Mz. Amsterdam, 11. Aug.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ gibt folgende Meldung der „Sunday Times“ wieder: Trotz der Erklärung Kaiser Rams im Unterhaus, daß die Allierten den Kaiser bezüglich des deutschen Kaiserthums nicht ändern hätten, besteht guter Grund zu der Annahme, daß das Verfahren nicht durchgeführt wird.

Lang Vermisste.

Bremen, 10. Aug.

Die Besatzung des Handelsuntersechters „Bremen“, das kürzlich erschollen war, ist vollständig in Bremen angekommen.

